

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich am Sonntag und festlichen Tagen mit Ausnahme des Feiertages Sonntag im Jahre 1919. Der Preis beträgt bei jeder Bestellung ins Haus für Berlin 4.- M., bei direktem Postbestellung monatlich 4.65 M., bei Bestellung unter Straßenschein für Deutschland 4.50 M., für Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Verwaltung und Redaktion: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 III, Geschäftsbesorger: Hans Reichen 2055 und 2096.

Interate sollen die Adressen der Abonnenten über dem Namen 1,20 M., Wartenzeitigen das teigebundene Wert 80 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf., Kreuzungsaufschlag 10 Pf., Bei Familien u. Veranlassungen 10 M. der Zuschlag fort. Interate für den Versandtag werden bis 10 Uhr nachmittags bei der Expedition eingereicht sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19 Geschäftsbesorger: Hans Reichen 2055

FREIHEIT

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Gegen den Streikbruch.

Der Streik der Metallarbeiter.

Zu Beschluß der Gewerkschaftskommission.

Die Gewerkschaftskommission verurteilt auf das entschiedenste das Eingreifen der behördlich organisierten Streikbrecherorganisation (Rothhilfe genannt), sowie des Reichswehrministers. Um das Eingreifen dieser Organisation und des Reichswehrministers für die Zukunft unmöglich zu machen, legt die Gewerkschaftskommission eine Unterkommission zur Prüfung aller erforderlichen Maßnahmen ein. Alle der Gewerkschaftskommission angeschlossenen Organisationen haben dieser Unterkommission auf Anfordern jede zu obengenanntem Zweck erforderliche Auskunft zu geben.

Die Unterkommission gibt der Plenarversammlung Bericht und macht die zu obigem Zweck notwendigen Vorschläge. Die Gewerkschaftskommission ersucht ferner alle angeschlossenen Organisationen, den Ausschluß aller derjenigen Mitglieder vorzunehmen, die der „Technische Rothhilfe“ angehören.

Die Gewerkschaftskommission Declas und Umgebung.

Der Beschluß deutet den allein gangbaren Weg an, auf dem in Zukunft unnötige Verschärfungen von Streikbewegungen, die wirklich lebenswichtige Betriebe berühren, vermieden werden können: Nützige und sachgemäße Prüfung und Regelung der Frage durch die Gewerkschaften selbst. Sie allein sind zur Erfüllung dieser Aufgabe berufen, und alle Konstellationen können vermieden werden, wenn die Regierung zum Zwecke solcher Erledigung der Dinge mit den Organisationen der Arbeiterführung stimmt.

Bericht der Streikleitung.

Der Streik der Heizer und Maschinenisten ist beendet. In allen Betrieben, wo die „Technische Rothhilfe“ nicht beschäftigt, oder bereits aus den Betrieben ausgeworfen ist, nehmen die Heizer und Maschinenisten die Arbeit umgehend auf. Nach dem gestern gefassten Beschluß wollten die Heizer und Maschinenisten auch in den Sakrifiktalwerken sofort die Arbeit aufnehmen, wenn die Zusicherung Roskes, die „Technische Rothhilfe“ sofort zurückzuziehen, durchgeführt ist. Das ist bis jetzt nicht geschehen. Die „Technische Rothhilfe“ bleibt nach wie vor in den sämtlichen Sakrifiktalwerken Streikarbeit. Alle Betriebe, die von dem Strom der städtischen Elektrizitätswerke gespeist werden, erhalten Streikstrom. Die in diesen Betrieben geleistete Arbeit ist somit streikfrei. Es schweben Verhandlungen, daß die „Technische Rothhilfe“ sofort überall zurückgezogen wird, damit die Heizer und Maschinenisten die Arbeit wieder aufnehmen können.

Gewerkschaftskommission der Gewerkschaften Guss-Declas, die Fünfschneckerkommission.

Die neue Phase.

Der Streik der Metallarbeiter ist in einen neuen Abschnitt eingetreten. Der Zustand der Maschinenisten kann als beendet gelten. Er hat seinen Zweck, seinen — was gegenüber allen Verhandlungen immer wieder zu betonen ist — einzigen Zweck vollkommen erreicht: die Unternehmung der Berliner Metallindustrie, die in den vorwöchentlichen Nachhaken zurückzuführen drohten, sind gesungen worden, unter Aufgabe der Teilschiedsprüche, die auf Grund des Schiedspruchs vom 21. August gefaßt worden sind, und die den Anlaß zum Streik gegeben haben, und unter Anerkennung einer neuen Verhandlungsbasis an den Beratungen teilzunehmen. Auch der Schiedspruch vom 21. August wird einer neuen Durchberatung und einer Korrektur unterzogen werden. Das neue Schiedsgericht wird am Sonnabend zusammengetreten. Wir hoffen, daß es unter dem Eindruck der großen, kräftigen Bewegung zu einer Lösung der Streitfragen kommen wird, die es den Arbeitern möglich machen wird, sich der Entschcheidung des Schiedsgerichts zu beugen, ohne daß bei ihnen das Gefühl der Vergewaltigung zurückbleibt.

Die Korrektur am Schiedspruch vom 21. August wird vor allem darin bestehen, daß die zu gewährenden Lohnzuschläge auch in der 5. Lohnklasse von 5 auf 10 Pf. erhöht werden.

Wenn der Streik der Maschinenisten und Heizer noch nicht sofort auf der ganzen Linie beendet werden konnte, so lediglich darum, weil die Arbeiter fordern, daß ihre verhafteten Führer vorher freigelassen und die Streikbrecher aus den Betrieben zurückgezogen werden. Daran zeigt sich, daß gerade die Gewaltmaßnahmen gegen den Streik seine schnelle Beendigung verhindern und damit jene Wirkungen des Streiks, die sie angeblich verhindern wollen, eher verschärfen und verlängern, als mildern und kürzen. Der öffentlichen Wege aus allen politischen Hindernissen, die in der Presse gegen die Streikenden tobt, ist es mit zu danken, daß die Rückkehr der Maschinenisten zu ihren Arbeitsstätten verzögert wird, denn sie hat sich eifrig bemüht, die Atmosphäre zu säubern, die zur Anwendung von Gewaltmaßnahmen nötig ist.

Und in diesem Augenblick, der zu der Hoffnung Anlaß gibt, daß der Streik halb beigelegt sein wird, legt das „Berliner Tageblatt“ seine Propaganda gegen die Arbeiter fort.

Auf denselben Ton gestimmt und aus der gleichen Quelle bewährter Unwahrhaftigkeit stammend ist ein Plakatschlag der Berliner Parteileitung der S.P.D. Er ruft die Bevölkerung für Streikabwehr auf, auch er operiert mit Behauptungen wider besseres Wissen, auch er lobt die Streikbrecherarbeit der „Technischen Rothhilfe“ als soziale Wohltat. Schon vor einigen Tagen muhten wir uns gegen einen Aufruf im „Vorwärts“ wenden, der in die gleiche Kerbe hieb. Dieser Aufruf trug keine Unterschrift. Es wäre also interessant, zu erfahren, ob auch hinter diesem Aufruf schon die Parteileitung verbergen war, oder ob die „Vorwärts“-Redaktion die Verantwortung für ihn trägt.

Besonders niederträchtig wird der Anfall der Rechtssozialisten gegen die Streikenden dadurch, daß das Plakat zu einem Zeitpunkt erscheint, wo es durch die Ereignisse bereits völlig gegenstandslos geworden war. Schon gestern war zu erkennen, daß der Solidaritätsstreik der Maschinenisten gar nicht mehr zu größerer Auswirkung kommen würde. Aber diese Leute hatten Eile. Gätten sie gedögert, dann hätten sie vielleicht eine Gelegenheit verpaßt, streikenden Arbeitern hinterhältige Tritte zu versetzen. Und der Zweck ihres Tuns wäre damit in diesem Falle um keine Erfüllung gekommen. Auch sie wollen die Niederlage der Arbeiter. Und so sinken sie denn dieser und jener, und landen auf dem Niveau der gefährlichsten Feinde der Arbeiterklasse.

Petersburg gefallen?

Die Nachrichten über die Einnahme Petersburgs durch die Truppen des Generals Judenitsch laufen immer zahlreicher ein, sind aber sämtlich noch unbestätigt. Dagegen ist die Einnahme Kronstadt, die hauptsächlich durch das Bombardement der englischen Flotte herbeigeführt wurde, als sicher zu betrachten. Wir geben darüber nachstehende Wolff-Meldung:

Amsterdam, 18. Oktober.

„Telegraaf“ zufolge meldet „Daily Express“ aus Helsingfors zur Einnahme Kronstadt, daß die Beschießung der Festung durch die englische Flotte außerordentlich heftig war. Die Häuser der Häuser in den benachbarten finnischen Dörfern wurden infolge des Luftdruckes eingedrückt. In der russischen Kirche in Helsingfors ist die Besetzung Petersburgs festlich begangen worden.

Neue Gebietszuweisung an Polen.

Wien, 17. Oktober.

Das Tschechoslowakische Rechtsbureau verbreitet eine Meldung der „Tribuna“ aus Warschau, nach der der Oberste Rat Polens nicht nur Ostgalizien, sondern auch einen Gebietsstreifen der nordwestlichen Bukowina zuerkannt hat, angeblich im Einvernehmen mit der rumänischen Friedensdelegation, um die Eisenbahn nach Balesdabli zu sichern.

Der verheißungsvolle Anfang.

Die „Post“, die, wie wir gestern meldeten, ein Reichsgesetz forderte, das alle Streiks auf die Dauer eines Jahres verbietet, und Zuschußstrafen gegen „Streikbeher“ verlangt, begrüßt jubelnd die gestrige Verordnung Roskes. Sie sieht in ihr den verheißungsvollen Anfang für die systematische Bekämpfung der Streiks durch die Regierung. Auch die übrige bürgerliche Presse, soweit sie Stellung nimmt, ist mit dieser Verordnung sehr zufrieden. Alle Blätter suchen diesen Schritt durch die Behauptung zu rechtfertigen, daß das Verhalten der Streikenden die Verordnung veranlaßt habe. Demgegenüber weisen wir mit allem Nachdruck darauf hin, daß diese Behauptung in dem tatsächlichen Verhalten der Streikenden keinen Anhalt findet. In dem Aufruf an die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins, der von der Streikleitung am 16. Oktober erlassen wurde, heißt es ausdrücklich:

„Zur Beruhigung der gesamten Bevölkerung wollen wir zum Ausdruck bringen, daß seitens der Arbeiter und insbesondere der Maschinenisten und Heizer alle Notstandsarbeiten in den Werken aufrecht erhalten werden sollen. Unter voller Würdigung der Verantwortung ist deshalb beschlossen worden, für alle Krankenanstalten Licht und sonstige Anstöße in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen. Die gesamten Wasserwerke Berlins bleiben nach wie vor in Tätigkeit. Für die Zufuhr der Lebensmittel im bisherigen Maße ist ausreichend Sorge getragen. Krankenhallen und sonstige Räume, in denen leicht verderbliche Lebensmittel lagern, werden nach wie vor voll im Betrieb erhalten.“

Daraus geht deutlich hervor, daß die Streikenden sich ihrer Pflichten gegen die Gesamtheit durchaus bewußt waren. Es ist eine der infausten Lügen, mit denen die Deffiantheit von amtlichen Stellen dauernd gegen die Streikenden aufzureizen versucht wurde, und die man nötig hatte, weil die Streikenden keinen Anlaß zum Ausschalten von Maschinen-gewerken gaben, daß durch das Verhalten der Streikenden Krankenhäuser oder andere wirklich lebenswichtige Betriebe ohne Strom gelitten seien, und daß dadurch Operationen nicht hätten ausgeführt werden können. Man braucht solche Lügen, um den Roskeserlauf zu rechtfertigen, ebenso nötig wie die Lüge von den Butschabüchsen, um, wie man an diesem Beispiel sieht, durch den Belagerungsstand die Möglichkeit zu haben, einen Solidaritätsstreik niederzuschlagen.

Ein solcher Solidaritätsstreik ist ein unüberwindliches Recht der Arbeiterklasse, auch in den Betrieben, deren Stilllegung von weittragender Bedeutung ist, wenn die Schädigung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung vermieden wird. Von den Streikenden ist diese Voraussetzung erfüllt worden. Erst durch das Eingreifen der organisierten Streikbrecherbände, die den Streik an sich wirkungslos machen sollte, hätte diese Gefährdung der Gesamtheit eintreten können. Aber ohne jede Rücksicht darauf, was die durch keinen auf Liegenhalten Voraussetzungen beruhenden Erfolg den Widerstand der Arbeiterklasse brechen zu können. Es ist ein Widerspruch in sich, und eine an ihm schon früher beobachtete Gewohnheit, wenn er erklärt, es liege ihm fern, in wirtschaftliche Kämpfe einzugreifen, aber er könne nicht dulden, daß Hunderttausende von Berliner Arbeitern gegen ihren Willen zum Feiern ohne Entschädigung gezwungen werden und daß das Leben der großstädtischen Bevölkerung auf Spiel gesetzt werde. In das Beherrschende eine Behauptung, für die jeder Beweis fehlt, so ist die Ursache der Ausdehnung des Streiks nicht in dem Verhalten der Streikenden begründet, sondern in dem jetzt endlich gebrochenen hartnäckigen Widerstand der Unternehmungen gegen die vom Reichsberlei-Minister vorgeschlagene Verhandlungsgrundlage.

Roskes Erlaß ist nach jeder Richtung hin willkürlich und nur möglich, weil er sich auf die bewaffnete Schutzgarde des Kapitals stützen kann. Er entspringt der Feindschaft gegen die Waise des Streiks überhaupt, ist geboren aus dem Willen, jede Möglichkeit der Arbeiterklasse, durch dieses Mittel die so notwendige Verbesserung ihrer Lebenshaltung zu erkämpfen, unmöglich zu machen. Am deutlichsten zeigt das die Ausdehnung seines Erlasses auch auf die Verkehrsmittel. Wer wirklich Arbeitskämpfe verhüten will, muß ganz anders vorgehen. Selbst ein so möglicher bürgerlicher Sozialpolitiker, wie Professor Franke, der Vorsitzende der Gesellschaft für soziale Reform, wendet sich in einem Aufruf in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ vom 15. Oktober gegen die Absichten, Streiks zu verbieten. Nach einer Darlegung der Voraussetzungen, die die Gewerkschaften zum Schutze gegen willkürliche Streiks getroffen haben, und die bei dem Berliner Metallarbeiterstreik nach jeder Richtung hin beachtet worden sind, schreibt er, die Verhütung von

weil die, die trotzdem ausbrechen, dürfte nicht durch Verbote
erfolgen. Wörtlich heißt es:

„Über mit Verbote und Strafen zu einschreiten
zu wollen, wäre das Törichte und Schädliche, was
man tun könnte; das würde unweigerlich zu den schärfsten
Zusammenstößen führen. Auch in den sogenannten
„Lebenswichtigen“ Betrieben ist ein Streikverbot unzulässig,
unmöglich: was ist denn lebenswichtig — unter Umständen
doch jeder Betrieb, nicht bloß Licht, Kraft, Wasser, Verkehr, son-
dern fast vor allem Kohlenförderung und Eisenbahnreparaturen.
Der allein richtige Weg, den die Reichsregierung be-
schreiten, ist der Ausbau des Einigungs- und Schlichtungs-
wesens. Wenn jetzt eine Neuordnung durchgeführt wird, so kann es
sich im wesentlichen um die Errichtung geeigneter örtlicher, regio-
naler und Reichsinstitutionen handeln, um die gesetzliche Fest-
legung aller gewerkschaftlicher Grundsätze, um
die Verpflichtung zur Verhandlung vor dem Streik
und um Fällung eines Schlichtungsorgans. Weichen alle Mittel der
Verhütung und Schlichtung, die in organischem Zusammenhange
ein Ganzes bilden, erfolglos, dann muß eben der Kampf die Ent-
scheidung bringen.“

Über gerade die Absicht, die Streiks auf gewerkschaft-
licher Grundlage aufzutragen, soll verhindert werden. Denn
jeder Streik wird getroffen, wenn eine so willkürliche Aus-
legung der „Lebenswichtigen“ Betriebe und die Schaffung
einer behördlichen Streikbrecherorganisation die jedseitige
Möglichkeit zur Einsetzung von Streikbrechergarden gibt.
Mit großer Bemühtung und mit der Erklärung, daß sie
dafür Beweise habe, bezeichnet deshalb die „Post“ in
einem Leitartikel „Maßnahmen gegen die Streiks“ die
folgende Mitteilung einer Korrespondenz:

Über die Frage des Schutzes arbeitswilliger
Beamter und Maßnahmen gegen den überhandnehmenden
Terror totalitärer Elemente schreiben zur Zeit Verhand-
lungen zwischen der preussischen Regierung und
der Reichsregierung. Wie verlautet, will die Reichs-
regierung gesetzgeberische Maßnahmen zur Be-
kämpfung der Streiks durch ein Antistreikgesetz
erlassen. Der niedrige Stand unserer Valuta, die immer mehr
zurückgehende Ausfuhr ist eine Folge des Streiks, die auch sonst
unser Kreditfähigkeit im Ausland schädigen. Selbst wohlvollende
neutrale Staaten haben den Glauben an ein wirtschaftliches Er-
starken Deutschlands fast verloren und machen Schwierigkeiten
beim Abschluß von Valutaabkommen. Die Schuld am wirtschaft-
lichen Niedergange trägt auch nach Ansicht weiterer Regierungsk-
reise der Streikwahnsinn der radikalen Ar-
beiterschaft weit mehr als alle anderen
Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art.“

An der Wichtigkeit dieser Meldung ist nach der ganzen
Haltung der Regierung und den Ankündigungen des Reichs-
kanzlers Bauer kaum noch zu zweifeln. Mit Recht sieht
die „Post“ in dem gestrigen Erlaß von Kossel den Vor-
läufer dieses Antistreikgesetzes und bemerkt ironisch gegen-
über dem „Vorwärts“:

„Wir fürchten nur, der „Vorwärts“ wird nicht umhin können,
auch an dem Geistesgustand Kossels und der gesamten
Reichsregierung zu zweifeln, wenn er es nunmehr erhebt, daß
von beiden Instanzen Maßnahmen gegen die Streikenden ge-
troffen werden, die er, seiner Haltung zufolge, wohl schwerlich
vermietet hat.“

Auch die „Germania“ fordert den Ausbau der
behördlichen Streikbrecherorganisation vorläufig zwar nur
auf alle staatlichen und kommunalen Betriebe, läßt aber
keinen Zweifel darüber, daß ihr die Nothilfe als ein gutes
Mittel erscheint, gegen alle Streiks einzuschreiten.

Daß diese Absichten sich jetzt so offen hervormagen kön-
nen, und daß sie soviel Rücksicht auf Verwirklichung haben,
daß ist die Folge der arbeiterfeindlichen Haltung der Rechts-
sozialisten. Sie haben sich dem Bürgertum verkauft. Sie

haben die tendenziöse Verleumdung der Arbeiterschaft
dauernd mitgemacht und sind nun die von der Reaktion be-
mühten Handlanger gegen die wirtschaftlichen Bestrebungen
der Arbeiterschaft geworden. Mit ihrer Hilfe scheint
wiederum das Wort des Münchener Nationalökonom
Lujo Brentano Geltung erhalten zu sollen, daß dieser in
der Zeit ärgster Verfolgungen der Arbeiterschaft aus-
gesprochen hat: „Die deutschen Arbeiter haben das Streik-
recht, aber wenn sie es benutzen, werden sie bestraft.“
Der Verrat der Rechtssozialisten erspährt und verhindert
den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Auf sie trifft zu,
was der „Vorwärts“ in seiner guten Zeit, nämlich am
4. März 1914 in einer Beipredung der kleinen Schrift
von Alfred Weber über den Kampf gegen die Ar-
beiter „Arbeitswilligen“ geschrieben hat: „Solche Er-
scheinungen sind nur möglich, weil die öffentliche
Meinung unter der Suggestion der Unter-
nehmer verbände steht; weil sie sich die albernsten
Märchen über den „Terrorismus“ der Arbeiter ausbin-
den läßt; weil sie sich aufschwanken läßt, daß für den Schutz
der Freiheit des einzelnen niemand da ist, was in Wahrheit
der Knechtung aller dienen soll. Wir aber
wissen: nicht durch den Schutz des einzelnen gegen die Or-
ganisation, sondern nur durch die Organisation gegen die
erstarkenden Herrschaftsgelüste des Kapitals gewinnt die
Arbeiterklasse die Freiheit. Und deshalb: Eins in die
Organisation!“

Gewerkschaften und technische Nothilfe.

Von E. Aufhäuser.

Ruhe und Besonnenheit! Wie oft sind diese Worte in den
zurückliegenden Monaten als Rahmwort der Regierung ins
Land hinausgerufen. Angesichts der aufs äußerste gespannten
Lage in dem von mächtigsten Schürmachern herauf-
beschworenen Kampf im Metallgewerbe sollte aber nicht zu-
letzt die Regierung selbst versuchen, durch Ruhe und
Besonnenheit zur Lösung des Konfliktes beizutragen. Ihre
Aufgabe müßte es vor allem sein, den Verhandlungsfaden
nicht abreißen zu lassen; sie verfügte auch durchaus über
Mittel, um die Metallindustriellen zu weiteren Ver-
handlungen zu bewegen, bevor die Verschärfung des Streiks
eintreten mußte. So sehr aber ein solcher Druck auf die
Unternehmer vermehrt worden ist, so kurzfristig und
aufreizend war auf der anderen Seite der Entschluß,
den Streik durch ein Eingreifen der technischen Nothilfe
sabotieren zu wollen. Bei der Gründung dieser staatlich kon-
zessionierten Streikbrecherorganisation war zunächst immer
wieder erklärt worden, daß sie bei rein wirtschaft-
lichen Kämpfen nicht in Aktion treten würde. Die
letzten Tage haben den schließlichen Beweis erbracht, daß die
Technische Nothilfe zwischen politischen und wirtschaftlichen
Streiks ebensowenig unterscheidet wie zwischen den wilden
und den von gewerkschaftlichen Organisationen gebilligten
Lohnkämpfen.

Die neuerdings entstandene kaufmännische Not-
hilfe bestätigt auch noch, daß das Koalitionsrecht der An-
gestellten unter der Regierung des Gewerkschaftsministers
Bauer ebenso mit Füßen getreten wird wie das der Ar-
beiter. Mit der durch das Volkische Bureau verbreiteten
offiziösen Erklärung, daß die Nothilfe vor dem unmittel-
baren Eingreifen in die rein wirtschaftlichen Kämpfe nicht
haltzumachen gemittelt ist, ist die ganze Angelegenheit zu
einer ausgesprochenen und brennenden Gewerkschafts-
frage gereift.

Die Versprechungen der Regierung Bauer,
daß das Streikrecht der Gewerkschaften unangrößt bleiben
soll, sind illusorisch geworden. Der wiederholte Hin-

weis, daß die Bildung einer Arbeitswilligenorganisation mit
Rücksicht auf das Leben der Bevölkerung eine Art von Staats-
notwendigkeit bedeute, kann nur Unkundige der Gewerkschafts-
bewegung von der eigentlichen Zweckbestimmung dieser
Streikbrechergarde ablenken. Die Gewerkschaften haben bis-
her in allen Lohnkämpfen das Maß von Verantwortlichkeit
gegenüber der Gesamtbevölkerung gezeigt, das erwartet
werden durfte. Es darf hier an die Beschlüsse der verschiede-
nen Streikleitungen erinnert werden, die bezüglich der
Stromlieferung von Krankenhäusern, der Aufrechterhaltung
von Wasserwerken, Leistung von Notstandsarbeiten im
Bergbau usw. immer wieder gefaßt worden sind. Auch im
derzeitigen Streik der Geiger und Maschinisten haben die
ausländischen Organisationen die Grundsätze der
Menschlichkeit nicht außer acht gelassen.
Wenn also die Regierung lediglich die Absicht hat, im ver-
schärfsten Zustand eines Lohnkampfes die Leistung gewisser
Notstandsarbeiten gewährleistet zu wissen, so muß sie den
Weg zu den Gewerkschaften und den von diesen eingesetzten
Streikleitungen finden. Wenn sie samt dessen, und unter
völliger Umgehung der Gewerkschaften, eine Unternehm-
erschütze organisiert, so sind all die schönen Worte von der
„Anerkennung der Gewerkschaften“ nichts als Phrasen.
Die Gewerkschaften sind es ihrem Ansehen und der Vertei-
digung des Koalitionsrechtes schuldig, diese „Nothilfe“
des Kapitalismus mit allen Mitteln zu bekämpfen.
Wenn die aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Mit-
glieder der Regierung sich auch nur einen kleinen Rest ele-
mentarher Gewerkschaftsgrundsätze nach der Wilhelmstraße
hinübergerettet haben, so darf in diesem Augenblick bei aller
politischen Begierde nach ihrer Besonnenheit appelliert
werden. Die systematische Organisierung werktätiger
Arbeiter zu dem ausgesprochenen Zweck, sie bei solidarischen
Aktionen der Angestellten oder Arbeiter ihren eigenen
Klassengenossen in den Rücken fallen zu lassen, ist gleich-
bedeutend mit der schlimmsten Verpöschung unserer Volks-
moral. Denkt daran, wie ihr vor dem Kriege die Hinge-
garden moralisch gewertet habt.

Nachschrift der Redaktion. Dieser Artikel
war geschrieben, ehe der neueste Streikerlaß Kossels bekannt
war. Die darin ausgesprochene Hoffnung auf vernünftige
Einlenken der Regierung hat sich, wie das dem militärisch-
kapitalistischen Charakter der Regierung entspricht, nicht
erfüllt.

Das Befinden des Genossen Haase.

Die heutige Nacht verbrachte Genosse Haase
ziemlich ruhig. Die Temperatur ist weiter auf dem
niedrigen Stand geblieben. Sie betrug heute früh 37,8.

Rundgebung der litauischen Sozialdemokratie für Haase.

Mit tiefem Schmerz empfing die Sozialdemokratische
Partei Litauens die Nachricht von dem rachslosen
Ueberfall auf den Genossen Haase, als er auf dem Wege
zur Nationalversammlung war, um Protest zu erheben gegen die
Erpress- und Abenteuerpolitik der deutschen Junkerclasse in
Litauen und Lettland. Die litauische Arbeiterschaft gedenkt noch
der unermüdlichen und schweren Kämpfe, die Genosse Haase gegen
die Junkerokkupation in Litauen geführt hat, und gibt sich der
Befassung an, daß er bald wieder in die Reihen der Kämpfer für
Freiheit und Recht der Arbeiterklasse tritt, um wie bisher die
Fahne des internationalen Sozialismus hochzuhalten.

Kowno, 14. Oktober 1918.

Im Auftrage des Zentralkomitees der Sozialdemokratischen Partei
Litauens.

A. Janulaitis. v. Bogala.

Hindenburg.

Von Max Doria.

Ich war Schreiner. Ich mußte Remerungslokal sein. Mit
nischen Gaslofen in Stellung tragen. Im Wollen. Einmal
sah ich Hindenburg. Seit der Zeit habe ich. Ich bin ich un-
glücklich über mein Daß — aber ich konnte nicht darüber hin-
weg. Er ist Ich.

Am Morgen sahen wir laufend Tote. Schwarze, gelbe, weiße
Leichen. Gabeln und wir sahen granatgeriffene Hüften. Am
Nachmittag sahen wir Hindenburg. Wie kamen aus Stellung.
Eselwand. Da ich Ich sah — wie ward mit? Ein Koch
in das Weiße meiner Augen und scharfe scharfe Rücken ge-
trieben meinen nackten Rücken.

Dieser Stier geriet auf meine. Sein Bild aber stand unter
meinem blutunterlaufenen Auge. Hindenburg war das Ver-
hängnis meines Lebens. Er weckte in mir Daß. Daß v. n. Ich
hätte.

Unser Major war ein Scherke. Wir waren alle Leute.
Mit uns war ein junger Kote. Ein gutes, frohes, leichtes Herz.
Er hatte nichts gelernt. Er war Erdarbeiter. Unruhiges Wan-
derblut. Ein Vagant wie ich. Wir erachteten oft den unseren
Führer. Wir zwei liebten uns. Neponat nannten wir ihn.
Und lachte Neponat, dann vergaßen wir Stellung und Hessein.
Eines Abends kam er mit einem roten breiten Streifen,
quer über das Gesicht bis zu mir. Wir „gen in Ruhe. Der
Major hatte ihn geschlagen. Mit der Reitpeitsche. In diesem
Augenblick sah ich Hindenburg. Wie Garibaldi, trug er ein
rotes Wam. Die Kerne aufgeschliffen. Pfeilende gelbe
Grünose — und er ersah mich mit einer Peitsche wie Hergen.

Neponat und ich sprachen nichts. Wir gaben uns die
Hände. Das war wie ein Schwur. Wir wußten, wo das
Offizierslokal war. Nachts lauerten wir den Major auf. Wir
erschlugen ihn. Neponat ward erschossen. Ich kam ins Zuch-
haus. Nur zwölf Jahre! Ruh — was sind zwölf Jahre. Dem
Daß hat sie zwölf Tage.

Sah ich im kalten Arbeitsraum an der Nähmaschine, dann
sah ich an der grauen Arbeitermanier untergehende Holomann.
Und auf der Mauer saß Hindenburg, ein kleineres gelbes
Gefäß. Orden an Orden. Und die Orden wuchsen, sie wun-
den sich zu Kreuze, sie waren Dalgkreuze. Die fanden
im Sturm und Regen in Polen, in Wägeboden, in Fländern,
am Lagerhof. Sah ich zu Hüben der Holzstange winternd
Weiber, sah ihre nun unerschütter gewordenen Körper, die gram-
durchschaden, dann war wieder die untergehende Kosselne La; —
wieder hand neben ihr das kleinere gelbe Gefäß; — und
Hindenburg nahm einen alten Saß, den bedeckte er über meine
Kossonne; da lag sie nun da; und lange, brillantgeschmückte
weiße Hände langten in meinem Saß; und Hindenburg sah

ihnen den Saß mit der eingeklangenen Rossonne; die weißen
Hände schüttelten ihn; wie lang es! Wie Wohl! Und das
Wohl sang. Es sang Hungerlieder. Es sang Blütlieber. Er-
schreckt verdedten sich meine Freunde. Die Mäuse.

Am dem Tage, als ich meine Nähmaschine zerstückte, war
sie ein Nichts geworden. Und an ihm hatte der rote Saß:
Hindenburg gelassen.

In der Dunkelheit war ein rotes Leuchten: Hindenburg.
Sange bewerte es, schließlich wurden meine Nerven ruhiger. Die
lange Dunkelheit, der Hunger, die Kälte — sie konnten mir
endlich doch nicht helfen. Was ich hatte: meinen Daß —
der Misch. Waren auch die Hölionen bewacht!

Die Revolution kreierte mich. Ich bin heute nicht
trah darüber. Mein Daß führte mich auf die Barrakoden
von Bremen und München. Meinen Daß wird erst die Kossel-
lugel Wien. Ich weiß es — und lache — und hasse.

Daß macht unglücklich. Warum muß ich Hindenburg lassen?
Mein Leben ist rot. Ich habe nur einen Trost im Herzen.
Ich bin nicht allein. So wie ich — fühlen Millionen!
Nur daß sie es nicht sagen.

Juanow.

Drama von Anton Tschekow.

Aufführung in den Kammertheatern.

Die Gesellschaft des großen russischen Dichters Anton
Tschekow tut sich auf. Er ist tot, aber seine Werke leben. Neben
Tolstoi, Gogol, Dostojewski, ja selbst Dostojewski vernimmt
man seine Stimme. Er hat Stärkeres geschrieben, als dieses
Drama „Juanow“, das gestern in den Kammertheatern
des „Deutschen Theater“ zur deutschen Aufführung
kam. Aber er hat uns niemals tiefer in die russische Seele
blicken lassen. Der deutsche Epiker, wie auch der deutsche
„Herrenmenschen“ trübten sich wohl gegen die Herrlichkeit dieser
hemmungslos überströmenden Seelen; fremd der inneren und
äußeren Landschaft Russlands sah ihn oft Widewillen, Gounen
und Langeweile.

Das dramatische Geschehen ist gering, die dramatische Technik
primär und nur Geiß für die tendenziösen Wallungen eines
unendlichen Gefühlswahns ohne besondere soziale Spiegelung.
Juanow, der passive Held dieses Dramas der russischen Einde,
wandelt als ein „lebender Leichnam“, als eine „tote Seele“ durch
dieses Stück, das eine Elegie trübseligen Lebens ist, ein Ende ohne
Anfang. Ein Herrenhaus über einem dunklen Abgrund ist diesen
Vergewaltigten die Welt. Reine, edelste Bestimmung verleiht sich
bis zu häßlichen, tobirgenden Handlungen. In diesen russischen

*) Die deutsche Buchausgabe erschien im Verlag Rob-
kollmann, Berlin.

Naturen ist etwas gestorben, und neben dem Abgang des Er-
bensten lebt nur noch ein Popanz in ihnen. Bergerche und Ber-
kärte, Trunkenbolde, Röhlinge, Waschloppen, sie alle finden ihre
Wiederholung in einem letzten brüderlichen Stadium. Müde
von der Irrfahrt seines Lebens, sieht Juanow seine erste Frau,
nachdem seine Liebe erloschen ist, aus Noth und Leiden in den
Tod, taucht sich das Haar und findet, entsetzt, nicht mehr den
Weg zu dem neuen Leben, das ihn in Gestalt eines jungen, blonden
Mädchens lockt. Die Beere, die um ihn ist, kann nicht ge-
hört werden durch den Schuß, der ihn am Schluß auch äußerlich von
den Menschen trennt.

Wer anders als Alexander Moissi vermöchte wohl
die Not und Qual dieses im Grunde gültigen und verzweifelten
Dramas so ganz im russischen Geiste zu gestalten. Er hat die
Demut und die Selbstherrlichkeit, das sich Reigen und letzte
rasende Aufgehren, den Klang und die Fülle und das Din-
schmelzen in der Verbomnis. In der nicht-russischen Geisterung
des dritten Aktes, der totkranken Frau und dem Arzt gegenüber,
erleidet er letzte und größte Wirkungen unergieblicher Dar-
stellungskunst. Neben ihm schaut auch Werner Krauß eine
keinem Schicksal verwandte lebenswahre Figur, grob und er-
schütternd. Nur im vierten Akt schien es, als hätte er der pöbel-
haften Reue eines Teils des Publikums zu unangebrachter
Heiterkeit entgegen und trat, nicht sich, sondern das Stück ironi-
sierend, ein wenig aus seiner Rolle heraus. Freilich hätte hier
die Regie Heilig Hölle, die im übrigen für gutes Zusam-
menspiel gesorgt hatte, etwas behutsamer abtönen müssen. Max
Galkinoff's räuberischer Aktor verdient noch besonders hervor-
gehoben zu werden. Auch Marie Fein gab der unglücklichen
Frau schauspielerisch echte Jüge. Kurt Lucas als junger Arzt
vergriff sich Hiers in Ton und Gebärde und auch Thea
Kosken konnte trotz ungewisserer Begabung als junge An-
fängerin, die auf den frühen Wegen Lucie Höflich wandelt, mit
ihrem anders gearteten Rolle noch nicht fertig werden. Aber alles
in allem war es ein Abend der menschlich tiefste Eindrücke ver-
mittelte.

E. B.

Ein Musterprogramm für Arbeiter-Bildungsausschüsse wollte
Margarete Wollste in ihrem Vortragabend im
Schubertsaal geben. Die Zusammenstellung war nicht nur vor-
bildlich in ihrer harmonischen Abwechslung, sondern die Aus-
führung barg ebenfalls alle Reize einer mitreißenden Klein-
gestaltung in sich, die in ernstem und heiterem Volkstheater zur
Quelle gipfelte. Hugo Dehert leitete zu den einzelnen Vor-
tragsteilen mit den geistlichen Miniaturen der Cel-
literatur über.

H. W.

Rein Kaugers Kolloquium (Salante, Ionische und Scher-
gehalte) wird Sonntag abend in der Sezeßion wiederholt. —
Der Geiger Max Waltheim gibt Sonntag abend im Schubert-
saal ein Konzert.

Woher rührt die Kohlennot?

Die „Frankfurter Zeitung“ vom 16. Oktober enthält eine Zuschrift über die „Lage der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie“, in der es über die Ursachen der gegenwärtigen Kohlennot heißt:

Die Kohlennot, die weniger eine Folge der unzureichenden Förderung, als der ungenügenden Wagenstellung ist, erschwert den Verkehr der Kohlen außerordentlich, und sie hat auch zur Folge, daß der Effekt einer sich allmählich bessernden Arbeitsfreudigkeit nicht voll in die Erscheinung treten kann. Sie erschwert nicht allein die Produktion direkt, sondern sie hat auch noch die unangenehme Folge, daß die Werke die dringend notwendige Verbesserung der Anlagen zur Erhöhung der Produktion nicht vorzunehmen vermögen, da die Maschinenfabriken infolge Materialmangels sehr unpraktisch liefern. An sich hat sich die Lage am Kohlenmarkt gebessert, wofür ja auch die Tatsache spricht, daß wir, um Kaputtgängen zu vermeiden, größere Mengen an das Ausland abgeben, die an die inländischen Verbraucher deshalb nicht zu liefern sind, weil es an ausreichendem rollenden Material fehlt. Solche Umstände erschweren natürlich die Lage der Werke ganz gewaltig, und sie machen es mit Rücksicht auf die lauterer Elemente des Eisenhandels hier lehrende Verbindlichkeitsverhältnisse suchen.“

Und in einem Bericht in der gleichen Nummer über den schiefen Kohlenmarkt heißt es:

Die Besserung der Förderung in den Revieren des Saarlandes und Auzou-Oranienberg-Eisenfeldes hat in den letzten Wochen angehalten, ohne natürlich an die Friedensförderung heranzureichen. Nur selbst die Verladung bereits wieder unter mangelhafter Wagenstellung, so daß den entfernteren Lagernden Industriezentren nicht genügend Kohle zugeführt werden kann.“

Beide Berichte stammen offensichtlich aus den Kreisen der Industriellen, trotzdem stimmen sie darin überein, daß die Erzeugung der Leistungen der Arbeiter durch unzureichende Wagenstellung gehindert wird. Die Erzeugung an Kohle muß wegen dieses Wagenmangels künstlich zurückgehalten werden. Man ersieht daraus die Verlogenheit der Lage gegen die Arbeiter und gegen die Revolution überhaupt, denn der Wagenmangel ist nicht nur eine Folge des Krieges, sondern bereits vor dem Kriege vorhanden gewesen.

Das Geschäft mit der Baln'a.

In unserem Leitartikel im Morgenblatt vom 16. Oktober haben wir dargestellt, wie es die Industriellen und die mit ihnen im Bunde arbeitenden Schieber fertig bringen, aus der schließlichen Baln'a ein glänzendes Geschäft zu machen. Ein Bericht der „Abnischen Zeitung“ vom rheinisch-westfälischen Eisenmarkt bestätigt die Ausführungen des Artikels unseres Mitarbeiters mit hochkundigen Fachkenntnissen, weshalb wir die wichtigsten Abschnitte wiedergeben. Nach einer Klage über die hohen Selbstkosten schreibt das Blatt:

Für die Fertigmade aber ergeben sich dabei gewaltige Preisunterschiede am inländischen und ausländischen Markt. So kostet beispielsweise die Tonne Stabeisen im Inland zur Zeit annähernd 1000 M., im Ausland sind dagegen für dieselbe Tonne um schwer 2000 M. und noch mehr zu erzielen. Kein Wunder daher, daß die Regierung, Stabeisen oder andere Erzeugnisse, in denen die Lage ganz ähnlich ist, nach dem Ausland zu bringen, beträchtlich wächst. Die Verbände wirken ihr allerdings nach Kräften entgegen, ebenso sucht das auch die Regierung durch die Handhabung der Ausfuhrbewilligungen zu tun. Das Bemühen beider hat indes keinen besonderen Erfolg, da wie nicht mehr Herren unserer wirtschaftlichen Grenzen sind. Die Ware geht eben in das bessere Gebiet und wird von dort mit Riesengewinnen ins Ausland geschoben. Die Gewinne aber fließen in die Tasche von Händlern und Personen, die sich zum Teil früher nie mit dem Eisenhandel beschäftigt haben, nun aber Millionen einstreichen.“

So richtig diese Darstellung ist, so merkwürdig und charakteristisch zugleich ist der Vorstoß, den das Kölner Blatt zur Abstellung dieses Zustandes macht. Es schreibt:

Würde man die inländischen Werke den ausländischen wenn nicht gleichstellen, so doch erheblich näher bringen, so wäre diesem Schiebern ein mächtiger Nagel vorgeschoben, und Regierung wie Verbände hätten es eher in der Hand, die Kohlen so zu regeln, wie es im Gesamtinteresse erforderlich ist.“

Das heißt, die inländischen Verbraucher sollen sich nur entschließen, die im Ausland erreichbaren Preise zu zahlen, dann werden die „Schieber“ bereit sein, ihnen auch die Waren zu überlassen. Den inländischen Verbrauchern wird also zugemutet, die Schiebergewinne gewissermaßen abzulösen.

Richtige Einschätzung.

Ein französisches Urteil über die rechtssozialistischen Führer.

Im „Populaire“ vom 10. Oktober schreibt Bédouin im Anschluß an die Reden Scheidemanns in Cassel und in der Nationalversammlung folgendes:

Scheidemann wendet sich, um die Reaktion in Schach zu halten, an die Unschlüssigen. Er behauptet sie, in die Reihen der alten sozialdemokratischen Partei zurückzuführen und so die Einheit wiederherzustellen. Auch ich glaube, daß im Interesse des internationalen Sozialismus die Einheit der Partei jenseits des Rheins wiederherstellen muß. Aber ich verleihe die Einheit nicht wie Scheidemann, der ein wenig zu viel an sich selbst und an seine ehrgeizigen Wünsche, denkt. Eine Organisation von einer Million Menschen (und das ist die Partei der Unabhängigen) kann sich nicht einfach auflösen lassen. An ihr ist es diejenigen zu beobachten, die um ihre Hilfe nachsuchen. Nebenbei ist da noch ein Vorbehalt zu machen.

Die Einheit kann die Arbeiter massen, woher sie auch kommen, umfassen, weil sie keinen Nutzen aus den beengenden Fesseln gezogen hat, jedoch nicht die Führer, die die Massen in ein entscheidendes Stadium getrieben haben.

Wegen Scheidemann, Kautz, Säckel und noch andere verschwinden, denn sie sind verantwortlich für die jetzt drohende Krise. Deutschland wird entweder eine furchtbare

Reaktion oder eine zweite Revolution haben. Scheidemann, der ohnmächtig ist, der Reaktion vorzubeugen, ist nicht geeignet, diese zweite Revolution zu vollenden, nachdem er die frühere im Blut erstickt hat.“

Nach dieser klaren Kennzeichnung kann man sich bereits vorstellen, was die französischen Genossen aber erst folgen werden, wenn sie über den neuesten Schurkenstreich der Rechtssozialisten gegen den Berliner Metallarbeiterstreik unerschrocken sein werden. Ihre Empörung dürfte dann wohl noch um ein Vielfaches größer werden.

Das Ausland und die deutsche Gegenrevolution.

Die letzten französischen Kammerdebatten haben wieder einmal gezeigt, daß man im Auslande sehr gut über das orientiert ist, was in Deutschland vorgeht, und daß das Ausland, dank der Erfahrungen im Kriege, sich durch die Falschmeldungen der deutschen Regierung und der ihr dienenden Presse sowie durch die offiziellen Dementis nicht mehr irreführen läßt. Das gilt sowohl für die Vorgänge im Baltikum als auch für die militärischen Verhältnisse in Deutschland. Selbstverständlich kann der Entente auch das Treiben der Einwohnerwehren, die immer mehr teils zu gegenrevolutionären, teils zu Revanchorganen aufzubauen werden, nicht verborgen bleiben. Die in Deutschland weilenden ausländischen Journalisten sowie die Vertreter der Ententeemissionen haben mehrfach auf diese Erscheinungen aufmerksam gemacht und es besteht Grund zu der Annahme, daß bei weiterer Entwicklung der reaktionären Einwohnerwehren, die zusammen mit der Reichswehr über alle Waffen im Deutschen Reich verfügen, die Entente durch ein neues Ultimatum die Beseitigung dieser Organisation fordern wird. Da die Regierung gegenüber solchen Lasten stets abfällig die Augen schließt, so bleibt denen, die die Dinge mit ungetrübtem Blick sehen, nichts anderes übrig, als die Offenheit auf diese Gefahr aufmerksam zu machen. Das Geschrei der Regierungsoffiziellen, die nachdem sie ihre Pflichten veräußert haben, denen, die diese Verhältnisse aufdecken, landesväterische Absichten vorwerfen, läßt uns kalt. Das ist eine der Methoden, die mit dem Geist des alten Systems auch auf das neue übernommen ist, die aber den in allen Dingen zu führenden Kampf gegen den Militarismus nicht hindern darf. Diese Methode Wilhelms II. wird auch dadurch nicht besser, daß sie heute von Kautz oder Bauer gelobt wird.

Daß auch das neutrale Ausland über das Treiben der Reaktion in Deutschland sehr wohl orientiert ist, das zeigen die Ausführungen, die am 7. Oktober der norwegische „Socialdemokraten“ in Kristiania unter der Überschrift „Die Reaktion arbeitet“ veröffentlicht:

Die Reaktion in Mitteleuropa tritt immer deutlicher zu Tage. Sie läßt die Wäste fallen. Sie greift nach den alten Worten und Institutionen und hat es nicht länger nötig, sich hinter dem Mantel der Demokratie zu verstecken. Nun sagt man es laut in Deutschland, in Oesterreich und in Ungarn, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie dasjenige ist, dessen wir bedürfen. Man fügt selbstverständlich hinzu, daß es eine modernisierte Monarchie ist, an die man denkt, aber man weiß es sehr genau, daß ein neu aufgerichtetes Fürstentum natürlich krasser als das vergangene sein muß.

In Budapest schlägt man Pläne für die neue Monarchie an. In Wien demonstriert man für das gleiche Ziel. Man schließt das letzte Glied mit den glänzendsten Worten, und es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß es eine modernisierte Monarchie ist, an die man denkt, aber man weiß es sehr genau, daß ein neu aufgerichtetes Fürstentum natürlich krasser als das vergangene sein muß.

Über die Erinnerung der Menschen wohnt nicht lange. Dafür kann man sowohl in Wien wie in Berlin eine illustre Gesellschaft finden, die die ungeheuerliche Behauptung aufstellt, daß die Revolution die Schuld trägt.

Die Agitation hat sich die Juden zu ihrem dankbaren Objekt gewählt. Sie tritt nicht zuletzt als Antisemitismus auf. Die Reaktion sucht auf die niedrigste Art und Weise den Judenhass zu schüren und auszunutzen.

Die Reaktion ist hart. Es ist gesagt worden, daß die Arbeiter an vielen Stellen zu schnell und zu weit gegangen sind. Das ist nicht wahr. Die Stärke der Reaktion beruht darin, daß die Arbeiterkassen in ihrem Vorstoß von ihren eigenen Führern gehindert worden ist.

Die wieder beginnende Reaktion wird bald eskalieren und die Arbeiterbewegung erschlagen.“

Protest der schwedischen Arbeiter gegen die Blockade Englands.

Eigene Sachmeldung der „Freiheit“.

Stockholm, 17. Oktober.

Die Stockholmer Arbeiterkassen nahmen am Mittwoch in mehreren Versammlungen Stellung zur neuesten Entente-Note über die Blockade Englands. In Tausenden war die Stockholmer Arbeiterkassen am Rufe der linkssozialistischen Partei gefolgt. In allen Versammlungen wurde folgendes Entschließen angenommen:

Die Versammelten sprechen ihre tiefste Abscheu aus über die verächtliche Quangeblockade, die die Entente als Antwort auf das erneute Friedensangebot der russischen Republik proklamiert hat. Sie erklären eine eindringliche Mahnung an die Arbeiter der Entente, ihre Regierungen durch energische Aktionen zu zwingen, von dem aus menschlichen, sozialistischen und demokratischen Gesichtspunkte heraus gleichwertigen Kampf gegen Märschblöcke abzulassen. Wegen den Verhören, Söldnern und andere neutrale Staaten an der Teilnahme zur Blockade zu zwingen, protestieren die Versammelten auf das schärfste. Sie ermahnen die Regierenden im Reichstag, alle Ansprüche zurückzugeben, die mit der Selbstständigkeit und der Neutralität Schwedens wie auch mit den Interessen der Arbeiterschaft unvereinbar sind. Der für ihre Freiheit und ihr Recht kämpfenden russischen Arbeiterklasse sprechen die Versammelten ihre warmste Sympathie und größte Bewunderung aus. Es lebe die russische Revolution! Es lebe die Arbeiterkassen!

Vom neuen Kriegsschauplatz.

Geftingford, 16. Oktober.

Nach hier vorliegenden Meldungen von der russischen Westfronte sehen bei Tagesanbruch des 16. starke lettische Angriffe gegen die Front der russischen Besatzungswachen in Bergambörs und Thorenberg ein. Bei erblichem Artillerieeinwurf gelang es dem Gegner, vorübergehende Erfolge zu erringen. Besonders heftig waren die Kämpfe an den Dünenbrücken in Riga. Selbst durch einen auf der Eisenbahnbrücke vorgegangenen eifrigen Panzerzug setzten starke lettische Kräfte über und griffen in janitschischem Kampf die dortigen Truppen der Eisernen Division an. Klenthalten wurde der Gegner von der Eisernen Division geworfen. In dem Mai bei den Dünenbrücken liegen über 200 Tote. Der übrige Teil wurde in die Düne gejagt, wobei viele ertranken. Am frühen Nachmittag eröffneten fünf Kriegsschiffe, die bisher für englische gehalten wurden, das Feuer auf Dünenmünde, wobei sie die lettische Flotte schlugen.

Am Abend landeten lettische Truppen bei Dünenmünde und Wolberaa und schlugen das dort stehende russische Regiment zurück. Die Eisernen Division setzte mit Erfolg Truppenteile gegen lettische Kolonnen, die aus Wolberaa herausmarschierten, an. Bis Thorenberg liegt Strömungsfeuer.

Es ist eine Schande, daß das lettische Volk, das durch den Weltkrieg schon so unendlich viel Schreckens erduldet hat, nun wiederum in einen neuen Krieg hineingezogen wird. Verursachend davon ist eine gewissenlose Verbrechenstafel und geführt von einer Truppe, deren Moral noch tiefer steht als die der Randschweizer, welche während des Weltkrieges Deutschland in eine Wüste verwandelten.

Wenn die „Deutsche Zeitung“ bei Herr Erzberger Straf entzog wegen Verleumdung gestellt. Die soll in einem Artikel „Die Eingehändnis“ vom 16. Oktober enthalten sein.

Aus der Parteipresse.

Die letzten erschienenen Nr. 29 der von Dr. Paul Wittich herausgegebenen unabhängigen sozialdemokratischen Wochenzeitschrift „Der Sozialist“ enthält folgende Beiträge: Karl Kautsky zum 65. Geburtstag von R. O.; Karl Kautsky als Lehrer von Otto von Guericke; Neue Anwendungen an die Schwerindustrie von Industriell; Aus der Geschichte der sozialistischen Internationalen von Ethel Wispjian; Erklärung der französischen sozialistischen Kammerfraktion zur Ratifizierung des Friedensvertrages.

„Der Sozialist“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, durch die Post oder durch den Verlag L. Wittich, Berlin W. 18, zum Preise von vierteljährlich 6 M. zu beziehen. Preis der Einzelnummer 20 Pf.

Gewerkschaftliches.

Nachrichten zum Metallarbeiterstreik.

Die Arbeiter der Schultze-Bräuerei, No. 11, haben in einer Betriebsversammlung den streikenden Metallarbeitern ihre Solidarität erklärt. Ein Antrag, wöchentlich 6 M. für die streikenden Metallarbeiter zu geben, fand einstimmige Annahme.

Achtung! A. H. O. Montag, 20. 10. 10. 10 Uhr, Versammlung sämtlicher Holzarbeiter der A. H. O. bei Sieck. Montag, 20. 10. 10. 10 Uhr, Versammlung sämtlicher Transportarbeiter, Kontrolleure und Kontrollleurinnen, Glüh- und Anzeigerarbeiten im Bürger-Park, Oberländerstraße. Die Streikleitung.

Deutsche Telephonwerke, Werk Niederschöneweide. Montag, den 20. Oktober, nachm. 5 Uhr, im Lokal von R. R. G., Oberländerstraße, Siemensstraße 5, Betriebsversammlung. Geheimpst wird in der Versammlung. Die Streikleitung Bergmann, Berlin, W. 18, R. G. und R. G. Sämtliche Kollegen haben sich betreffs Unterstützung der Leistungen am Montag in ihren Versammlungslökalen einzufinden. Die Streikleitung.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Brüder Oberländerstraße. Am Montag, den 20. Oktober, abends 10 Uhr, gemeinsame Sitzung der Vertrauensleute, der Streikleitung und des Arbeiterausschusses.

Am Dienstag, den 21. Oktober, nachmittags 2 Uhr, Versammlung aller bei der Firma Brüder beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Lodowick Waldschützchen. Der Ortsausschuss.

Elementar-Schulert, Tischler, Bahnhalle, Osterstraße. Montag, 20. 10., nachmittags 11 Uhr, Aufhebung der Streikunterstützung im Streiklokal. Abgabe der Kontrollkarten zum Genaueinstellung. Streikleitung, Winter.

Zum Zusammenschluß im graphischen Gewerbe.

Der Zweck einer vom Vollzugsrat einberufenen Versammlung aller in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiterkassen, Ausschüsse und Funktionäre am Dienstag, den 14. d. M., in den Coppensteinen bezweckt eigentlich den Zusammenschluß dieser Industrie. Da aber die 4. Untergruppe der vom Vollzugsrat einberufenen Papierindustrie (Papier- und Papfabrikation) in Goch, Berlin (so wie gar nicht vorhanden ist, lassen nur die drei folgenden Untergruppen in Frage: 1. Zeitungsgewerbe, 2. Buchdruckerei, Buchbinderei, Buchhandel, 3. Papierwarenherstellung, Schreibzeug, Lithographie, Luxus und Galanterie.

Als Referent fand Regemann vom Vollzugsrat bestanden. Er zeigte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses unter Hinweis auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Auf der einen Seite der nicht nur national, sondern internationalen Zusammengehörigkeit von Tag zu Tag freier werdende Kapitalismus, der im Besitz sämtlicher Produktionsmittel im Verein mit seinem großen Arbeiter-Pöbelstand das empfindliche Proletariat niederknien versucht. Auf der anderen Seite das um Gleichberechtigung ringende Proletariat, das nicht nur international gesplittert, sondern sogar national zum Schaden seiner Gegner im schärfsten Widerstand steht. Ein Zusammenschluß des graphischen Gewerbes sei schon deswegen notwendig, damit die Arbeiterkassen eine Kontrolle ausüben können, wann und wo die Preiserhöhungen hergestellt werden, die oft in der niederträchtigsten und gemeinsten Weise geschrieben, gegen Juden usw. gerichtet, weiter nichts als Waffen der Reaktion gegen die Arbeiter sind.

In der Diskussion kam die Angst verschiedener Gewerkschaftsangehöriger um ihre Gewerkschaft zum Ausdruck. Sie wollten eine Art Betriebsorganisation in dem Zusammenschluß Regemann erklärte jedoch in seinem Schlusswort, daß ja durch Richard Müller, Dümmig und auch durch ihn die Stellung der U. S. P. Mitglieder des V. R. zu den Betriebsorganisationen klargelegt sei. Er habe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften unter allen Umständen beibehalten und sogar gefördert werden müssen, daß das aber am besten möglich sei, wenn durch engsten Zusammenschluß in den Betrieben die Arbeiterkassen erstarkt werden.

Die Tagesordnung der Versammlung wickelte sich in vorbildlicher Ruhe und Sachlichkeit ab. Das Ergebnis, die Wahl von Funktionären der verschiedenen Gruppen und Par-

